

Tagungsbericht



Sozialwissenschaftliche Forschung in der ökologischen Krise: Perspektiven einer Politischen Ökologie

14.-16.04.2011, Universität Wien

Tagungsorganisation

Markus Wissen (Institut für internationale Politik der Universität Wien), Sybille Bauriedl (Politikwissenschaftliche Umweltforschung der Universität Kassel)

TeilnehmerInnen

Stefanie Baasch, Anja Bauer, Josef Baum, Sybille Bauriedl, Dieter A. Behr, Alina Brad, Ulrich Brand, Achim Brunnengräber, Antje Brock, Simon Büchler, Sonja Burger, Clemens Castan, Anja Christanell, Kristina Dietz, Marina Fischer-Kowalski, Irene Gabriel, Christoph Görg, Andreas Grünewald, Franziskus Forster, Sebastian Helgenberger, Angela Hofer, Elisabeth Huber, Thomas Jahn, Robert Kalcik, Anna Maria Kassama, Bettina Köhler, Beate Littig, Adriana Montanaro, Josef Melchior, Timothy Moss, Detlef Müller-Mahn, Kathrin Niedermoser, Christina Plank, Herbert Rauch, Raphael Rauch, Cyrus Samimi, Nadja Schmidt, Karl-Heinz Simon, Patrick Scherhauser, Ernst Schriefl, Carolin Schröder, Franz Seifert, Verena Seyer Rita Trattinig, Alice Vadrot, Ulli Weisz, Thomas Wenidoppler, Melanie Wessely, Markus Wissen, Matthias Zitterbart.

Zielsetzungen und Hintergrund der Tagung

Die Idee zur Tagung war von TeilnehmerInnen der Fachsitzung „Politische Ökologie der globalen Umweltkrise“ am Geographentag 2009 in Wien ausgegangen, die von Sybille Bauriedl und Markus Wissen organisiert wurde. Beide haben als Kooperation der politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Wien und Kassel auch die Organisation der Folgetagung übernommen. Die Struktur der dreitägigen Veranstaltung dient dem Rückblick, der Verständigung und des Ausblicks sozialwissenschaftlicher Beiträge zur Bearbeitung der Umweltkrise. Der Eröffnungsvortrag fasste Herausforderungen für die Forschung zusammen, der erste Block zog in Überblicksvorträgen eine Bilanz der politisch- und sozial-ökologischen Forschung in Österreich und Deutschland, der zweite Block identifizierte in parallelen Workshops zentrale Forschungsfelder und –fragen und der dritte Block zeigte durch einen round table mit VertreterInnen unterschiedlicher Forschungs- und Förderinstitutionen forschungspolitische Entwicklungen, nötige Infrastrukturen, mögliche Initiativen und Vernetzungen auf.

Eröffnungsvortrag von Christoph Görg (UFZ Leipzig, Universität Kassel)

Der Eröffnungsvortrag umriss die Wechselwirkungen gesellschaftlicher und ökologischer Prozesse und beschrieb die Umweltkrise als Ergebnis herrschaftsförmiger gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In seinem Beitrag „Globaler Umweltwandel und soziale Verwundbarkeit: Perspektiven der Politischen Ökologie“ stellte Görg fest, dass der Krisenbegriff in der deutschsprachigen Debatte aktuell ubiquitär verwendet wird. Er stellte die These auf, dass Krisendiskurse die Widersprüche neoliberaler Globalisierung zum Ausdruck bringen, und unterschied drei Krisenursachen, die zu einer Verschärfung der Wechselwirkungen zwischen neoliberaler Globalisierung und „Natur“ führen: erstens die Verknappung natürlicher Ressourcen, zweitens die Effekte globaler Umweltveränderungen, drittens der Berechenbarkeitsglaube, viertens Landverknappung durch Bevölkerungswachstum. Das Ausmaß und der Charakter der Krise sind sehr umstritten und Managementlösungen werden nicht mehr als alleiniges Mittel verstanden. Internationale Umweltgovernance (UNFCCC usw.) befindet sich in einer Krise, da nationale und regionale Machtverhältnisse die Umsetzung von Klimaschutzzielen ausbremsen und eine internationale Weltumweltorganisation keine Durchsetzungskraft hätte. Der Klimagipfel von Kopenhagen zeigte, dass die Deutungen von Krisenursachen interessengeleitet sind. Die Prozesse globaler Umweltveränderungen sind Realität und werden überlagert von anderen globalen und lokalen Prozessen. Die Verbindlichkeit und Wirksamkeit politischer Maßnahmen ist daher kaum abzuschätzen. Görg stellte daher die Definition von Entwicklungsgrenzen und Kippunkten für Ökosysteme in Frage. Erstens sind auch Kippunkte nur im Kontext gesellschaftlicher Werte zu bestimmen und geben eher Auskunft über die Interessen an ökosystemaren Dienstleistungen als über die Funktionsfähigkeit von Ökosystemen, zweitens lassen sich Kippunkte kaum im globalen Maßstab bestimmen, sondern weisen räumliche

Unterschiede auf. Aus der Astronautenperspektive globaler Klimapolitik bleibt soziale Verwundbarkeit unsichtbar. Die Überführung von Grenzwerten in politische Maßnahmen ist schwierig, da multiple Verwundbarkeiten zu berücksichtigen sind. Als Beispiel einer verkürzten Analyse dieser Komplexität stellt Görg das gerade veröffentlichte WBGU-Gutachten „Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ vor, das Vorschläge für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung innerhalb planetarischer Leitplanken macht und blind ist für soziale Verwundbarkeit und Dynamiken und weder Erkenntnisse von Krisenanalysen noch Staats- oder Herrschaftsanalysen berücksichtigt. Görg schlägt zur Bearbeitung dieser komplexen Aufgaben durch SozialwissenschaftlerInnen vor, die Pluralität der Ansätze der Politischen Ökologie, sozialen Ökologie, gesellschaftlicher Naturverhältnisse zu nutzen und eine kritische Reflexion der eigenen Wissensproduktion ernst zu nehmen. Die Rolle der Wissenschaft wurde in der Diskussion noch einmal betont. Sie übernimmt zunehmend Aufgaben der Politikberatung und ist ebenso wie soziale Bewegungen ein wichtiger Akteur bei der Definition und Bearbeitung von Umweltproblemen.

Einführung von Sybille Bauriedl (Universität Kassel) und Markus Wissen (Universität Wien)

Für die Sozialwissenschaften ist eine Neupositionierung in der Umweltforschung zu beobachten, die noch nicht abgeschlossen ist. In den letzten Jahren sind neue Arbeitsfelder im Rahmen einer umfangreichen Forschungsförderung vorangetrieben worden, wie z.B. die Klimaanpassungsforschung. SozialwissenschaftlerInnen wird dabei die Aufgaben der Umsetzungs- und Akzeptanzforschung und damit die Flankierung natur-, ingenieurs- und wirtschaftswissenschaftlicher Lösungsvorschläge zugewiesen. Aktuelle Förderprogramme zielen auf Modellregionen und die Einbindung lokaler Akteure und fragen verstärkt kleinräumige, qualitative Studien nach. Für eine Bewertung der Umweltkrise und deren Folgekosten werden zunehmend sozialwissenschaftliche Kategorien in Modellrechnungen integriert. Diese Anforderungen an eine sozialwissenschaftliche Umweltforschung werden begleitet von wissenschaftstheoretischen Debatten zur Evidenzproduktion, zur Übertragbarkeit globaler Lösungen auf lokale Problemlagen und zur Quantifizierbarkeit komplexer sozial-ökologischer Wechselwirkungen. Außerdem hat die anglo-amerikanische Politische Ökologie in jüngster Zeit zahlreiche Fachbeiträge und Sammelbände hervorgebracht, die die aktuelle Umweltkrise als Ergebnis neoliberaler Verwertungslogiken deuten und eine neue Qualität von Ressourcenkonflikten um Trinkwasser, Boden, Wald und Fischbestände diagnostizieren (vgl. Peet/Watts/Robbins 2010: Global Political Ecology oder Heynen/McCarty/Prudham/Robbins 2007: Neoliberal Environments). Diese vielfältigen Beobachtungen wurden während des Workshops genauer reflektiert.

Im deutschsprachigen Kontext existieren für die Analyse von Gesellschaft-Natur-Beziehungen verschiedene Ansätze (z.B. soziale Ökologie, sozial-ökologische Forschung, Wissenschaft der gesellschaftlichen Naturverhältnisse). Diese verstehen Natur und Gesellschaft als konstitutiv miteinander vermittelt, begreifen den Stoffwechsel zwischen Gesellschaft und Natur als historisch konstituiert und stellen fest, dass sich die soziale (symbolische und materielle) Konstruktion von Natur immer wieder an der Eigenständigkeit von Natur bricht. Bauriedl und Wissen verstehen die Ansätze der Politischen Ökologie als Teil der sozialen Ökologie. Die Analysen der Politischen Ökologie setzen sich jedoch expliziter mit Macht und Herrschaft auseinander. Sie fragen, wie sich gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse in die Naturverhältnisse einschreiben, wie sich Gesellschaft über die Gestaltung der Naturverhältnisse konstituiert, wie durch die Gestaltung der Naturverhältnisse soziale Ungleichheit gefestigt werden (vgl. Bryant/Bailey 1997: „politicized environment“)

Für die Politische Ökologie der letzten zwei Jahrzehnte unterscheiden Bauriedl und Wissen vier zentrale Forschungsstränge: erstens Studien zu Ressourcenzugang, -kontrolle, -verteilung, die sich mit Nutzungskonflikten um Ressourcen entlang sozialer, kultureller, ökonomischer Differenzstrukturen

beschäftigen; zweitens Studien zu globaler Gerechtigkeit, die den Landverlust lokaler Bevölkerung als Folge globaler Umweltveränderungen und globaler Ökonomie betrachten und deren regionaler Fokus auf der Subsahara sowie den Karibik- und Pazifikinseln liegt; drittens Studien zu sozialer Ungleichheit, die ungleiche Betroffenheit und Chancen im Umgang mit Umweltkrisen, gender mainstreaming und politischer Partizipation in lokaler und internationaler Umweltpolitik hervorheben (für Beispielregionen in Entwicklungsländern); und viertens Studien, die Ökologie als dynamischen, biosozialen Komplex bzw. als Macht/Wissen-Komplex betrachten und Rationalitäten, Technologien und Subjektivierungen von Umweltkrisen untersuchen. Diese Forschungsstränge folgen unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen Perspektiven (marxistische, feministische, post-strukturalistische Politische Ökologie), sind in der Forschungspraxis jedoch eng aufeinander bezogen.

Bilanz der Politischen Ökologie in Österreich und Deutschland seit den 1990er Jahren von Marina Fischer-Kowalski (Institut für soziale Ökologie, Wien) und Thomas Jahn (Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt a.M.)

Zwei ProtagonistInnen der sozial-ökologischen Forschung in Österreich und Deutschland, die die Debatte um Gesellschaft-Natur-Verhältnisse maßgeblich in den letzten zwei Jahrzehnten geprägt haben, fassten ihre Einschätzung der Schwerpunktsetzungen, Ergebnisse und Ausblendungen der sozial-ökologischen Forschung zusammen. Marina Fischer-Kowalski betonte, dass für eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung eine fundamentale Reorientierung notwendig ist, die aktuell noch nicht stattfindet. Dies liegt auch an der Rollenzuschreibung für die Sozialwissenschaft bei der Bearbeitung der Umweltkrise. In der interdisziplinären Umweltforschung wird SozialwissenschaftlerInnen eher die Aufgabe zugewiesen, für Verhaltensänderungen zu sorgen, Akzeptanz für Lösungsstrategien herzustellen oder Entscheidungsprozesse zu begleiten. Politische Fragestellungen zu Macht- und Herrschaftsverhältnissen bleiben demgegenüber unterbelichtet. Zur Bewältigung der Umweltkrise gilt es, auch Lösungen für Verteilungskonflikte zu finden. Sozial-ökologische Fragestellungen wurden in Österreich bisher durch die Programme des Forschungsministeriums „Forschung für Nachhaltigkeit“ (FORNE), die Kulturlandschaftsforschung, die Klimaforschung (ACRP) und das Förderprogramm des Wirtschaftsministeriums „Nachhaltiges Wirtschaften“ gefördert. An den Beitrag von Fischer-Kowalski schloss sich eine Diskussion über den Stellenwert einer interdisziplinären Forschung an.

Thomas Jahn hob als Herausforderungen der sozial-ökologischen Forschung deren Problemorientierung hervor, den normativen Methodeneinsatz und die interdisziplinäre Zusammenarbeit. Interdisziplinarität gestaltet sich nach Jahns Beobachtung in der Forschungspraxis im Spannungsfeld zwischen Koexistenz und freundlicher Übernahme durch die Natur- und Wirtschaftswissenschaften bzgl. Ressourcenverteilung, Arbeitsteilung und Anerkennung bei der Bearbeitung komplexer Fragestellungen. Für die deutsche Forschung zu Gesellschaft-Natur-Verhältnissen ist das Programm „Sozial-ökologische Forschung“ des Bundesforschungsministeriums die wichtigste Förderlinie. Seit dem Jahr 2000 sind hier 120 Projekte mit über 85 Mio. Euro in die Förderung gegangen. Das Programm ist stark projektförmig ausgerichtet, konzentriert sich auf die Nachwuchsförderung und hat sozial-ökologisch ausgerichtete außeruniversitäre Institute gestärkt. Jahn erklärte allerdings den Anspruch eines bottom up Prozesses des community building als gescheitert. Die programmatische Fokussierung auf das Leitbild nachhaltiger Entwicklung konnte in der thematischen Vielfalt der Projekte nicht genug konzeptionelle Gemeinsamkeiten entwickeln und es hat bisher keine Strukturbildung in Form von sozial-ökologischen Professuren oder Forschungskollegs stattgefunden. Auch Jahn betont die Bedeutung von Wissenschaft als aktiver Teil gesellschaftlicher Prozesse und fordert die Reflexion des eigenen Standpunkts ein. In der anschließenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass die Vermittlung sozial-ökologischer Forschung in die

internationale Debatte noch nicht ausreichend geleistet wurde und vor allem die britische und französische Politische Ökologie weiterführende Anknüpfungspunkte bietet.

Einstiegsvortrag zu Herausforderungen und Perspektiven der politischen Ökologie von Detlef Müller-Mahn, Universität Bayreuth

In seinem Beitrag „Adaptation as a travelling idea: Von Afrika lernen!“ fragte Detlef Müller-Mahn, inwieweit Afrika als Labor für neue Anpassungsformen dienen kann und welche Praxiserfahrungen und Forschungserkenntnisse in andere Regionen übertragbar sind. Er stellte Afar-Nomaden in Äthiopien als Musterbeispiel der Anpassung vor, da sie über große Erfahrung im Umgang mit Niederschlagsvariabilitäten verfügen. Wichtig ist hier vor allem die hohe Mobilität und Flexibilität. Mit diesem Beispiel stellt Müller-Mahn das Spannungsfeld interner und externer Perspektiven der Klimawandelforschung zur Diskussion und verweist auf die problematische Praxis, globale Anpassungskonzepte zu lokalisieren. Mit Blick auf die noch junge Klimaanpassungsforschung identifiziert Müller-Mahn drei Strategien der Paradigmenbildung: erstens die Anbindung an erfolgreiche Disziplinen, zweitens hegemoniale Diskurse (aktuell Resilienzdiskurs versus Diskurs der sozialen Vulnerabilität) und drittens die Inklusion und Exklusion über Zitationszirkel. Die Wurzeln der Klimaanpassungsforschung sieht Müller-Mahn im cultural adaptation-Ansatz, der eine evolutionäre und geodeterministische Perspektive vertritt. Für die Klimaanpassungsforschung gilt es, die damit verbundene Naturalisierung sozialer Sachverhalte kritisch zu hinterfragen. Den aktuellen Klimaanpassungsbegriff charakterisiert Müller-Mahn als „reisende Idee“ zwischen politischen Ebenen mit jeweils verschiedenen Bedeutungen. Die internationale Politik ist die Ebene der Anpassungskonzeption und der Verteilungskämpfe um Anpassungsmittel, auf der nationalen Ebene finden Institutionalisierungen statt, die regionale Ebene ist vom Umsetzungsdruck geprägt, und auf der lokalen Ebene sollen geeignete Maßnahmen entwickelt werden. Aus Perspektive der politischen Ökologie gilt es, diese Übersetzungspraxis zu analysieren, um Aussagen zur impliziten Skalenproblematik und zu Machthierarchien machen zu können. Als forschungspraktisches Beispiel stellte Müller-Mahn die Methode der double ethnography vor, bei der von europäischen WissenschaftlerInnen konzipierte Studien von einheimischen WissenschaftlerInnen durchgeführt werden und die europäischen KollegInnen deren Arbeit als Beobachter begleiten. So wird ein doppelter Reflexionsprozess gewährleistet, und lokale sowie extra-lokale Erfahrungen werden fruchtbar gemacht. Eine weitere geeignete Methode, Hierarchien zu durchkreuzen, ist das intraregionale Lernen, bei dem lokale ExpertInnen durch Begegnungsreisen von anderen lokalen ExpertInnen lernen.

Workshops zu konzeptionellen und empirischen Herausforderungen und Perspektiven der Politischen Ökologie

Die Themenauswahl der Workshops zeigt das breite Feld der Politischen Ökologie der Umweltkrise. Der erste Workshop beschäftigte sich mit der Analyse und Bewertung aktueller Ressourcenkonflikte, der zweite Workshop mit der Kritik der Evidenzproduktion in der Umweltforschung und der dritte Workshop mit alternativen Problemdeutungen von Gesellschaft-Natur-Verhältnissen.

1. Klimawandel, Energiekrise und die Verschärfung von Ressourcenkonflikten mit Beiträgen von Kristina Dietz und Carolin Schröder

Thematisiert wurden folgende Aspekte: die Interdependenzen von unterschiedlichen Krisenphänomenen, Erneuerbare Energien als Frage demokratischer Teilhabe, Ressourcenkonflikte als verräumlichte soziale Konflikte, der demokratische Gehalt gesellschaftlicher Naturverhältnisse, vielversprechende Ansätze an den „Rändern“, die Notwendigkeit einer Konflikt-Heuristik sowie eines reflektierten Verständnisses von Knappheit und Grenzen.

2. **Selektivität von Wissensproduktion und -rezeption in der ökologischen Krise** mit Beiträgen von Karl-Heinz Simon und Alice Vadrot

Diskutiert wurde hier die Selektivität der Wissensproduktion, die Selektivität als Regierungstechnik, die strategische Selektivität von Wissenschaft und Politik, der Ganzheitsanspruch von Konzepten, die vernachlässigte „soziale“ Seite der Umweltkrise, science-policy-interfaces und Biodiversitätstudien und die Bedeutung von Werturteilen.

3. **Imperiale Lebensweisen und Bedingungen alternativer Wohlstandsmodelle** mit Beiträgen von Ulrich Brand und Beate Littig

Diskussionpunkte waren hier die Arbeitsteilung zwischen Geschlechtern und die internationale Arbeitsteilung im Kontext „grüner Ökonomien“, die Wechselwirkungen von Geschlechterverhältnissen, Arbeitsverhältnissen und Umweltverhältnissen, die Qualität sogenannter „green jobs“, die Kritik am green new deal, die Konfliktorientierung der Umweltforschung sowie die Aufgaben disziplinärer Politischer Ökologie.

Die gemeinsame Diskussion der drei Workshop-Ergebnisse konzentrierte sich auf die Konfliktorientierung der Politischen Ökologie als zentrale Forschungsperspektive in Abgrenzung zu anderen sozialwissenschaftlichen Beiträgen der Umweltforschung. Entsprechend müsste die Methodenentwicklung zur Analyse unterschiedlicher Konfliktformen vorangetrieben werden. Die sozialwissenschaftliche Umweltforschung untersucht vielfältige Krisenphänomene von verräumlichten Ressourcenkonflikten bis zur demokratischen Qualität gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

Roundtable: Förderstrategien, Förderinitiativen und mögliche Vernetzungen auf österreichischer, deutscher und EU-Ebene

Statements aus ihrer Erfahrung mit der Forschungsförderpraxis zur sozialwissenschaftlichen Umweltforschung lieferten Sebastian Helgenberger (Universität für Bodenkunde, Wien) in seiner Funktion als Koordinator der Joint Programming Initiative (JPI) "Connecting Climate Knowledge for Europe", Thomas Jahn (ISÖE, Frankfurt am Main) als Wegbereiter des Förderprogramms der Sozial-Ökologischen Forschung des deutschen Forschungsministeriums und Detlef Müller-Mahn (Universität Bayreuth) als Gutachter der Deutschen. Der round table konzentrierte sich auf die Fragen, welche Infrastrukturen für eine sozialwissenschaftliche Forschung zur Umweltkrise existieren bzw. nötig sind, welche forschungspolitischen Entwicklungen sich beobachten lassen, inwieweit sich deutsche und österreichische Erfahrungen unterscheiden und auf welche Weise forschungspolitisch agiert werden müsste, um Perspektiven der Politischen Ökologie zu stärken.

Die PodiumsteilnehmerInnen machten die Rahmensetzungen sozialwissenschaftlicher Forschungsbeiträge deutlich. Vor allem in großen Forschungsverbänden haben diese eher eine begleitende Funktion für naturwissenschaftlich und technisch aufgerichtete Forschungen. Die reduzierten Fördermittel insbesondere in Österreich verschärfen diese Situation zusätzlich. Andererseits sollten SozialwissenschaftlerInnen nicht mit einer Nischenbildung reagieren. Es gilt weiterhin die Problemdefinition der Umweltforschung mitzubestimmen. Jahn wies darauf hin, dass die Politische Ökologie anschlussfähig bleiben muss an laufende Aktivitäten wie z.B. des Institutes of Advanced Studies of Sustainability in Potsdam oder die Debatte über Transformation. Außerdem können Möglichkeitsfenster, die u.a. manche Ministerien in deutschen Bundesländern mit grüner Regierungsbeteiligung bieten, strategisch genutzt werden. Für eine Vermittlung gemeinsamer Forschungsinhalte und die Aufmerksamkeitserzeugung ist ein verbindendes Konzept oder ein zentraler Begriff geeignet (z.B. gesellschaftliche Naturverhältnisse) wie auch die Konzentration von Beiträgen der Politischen Ökologie in einer Zeitschrift. Helgenberger berichtete vom Stellenwert des neuen EU-Begriffs

der "großen gesellschaftlichen Herausforderungen", der den Nachhaltigkeitsbegriff aktuell abzulösen scheint und einen Schwenk von einer Vorsorgenotwendigkeit zur Vermeidung von Umweltkrisen zur Bearbeitung der Krisenfolgen markiert. In dieser Neudefinition werden von SozialwissenschaftlerInnen in stärkerem Maße Forschungsbeiträge zur Problemlösung erwartet. Müller-Mahn fasste Erfahrungen in Forschungsverbänden zusammen, in denen SozialwissenschaftlerInnen oftmals als Feigenblatt der Interdisziplinärität gebraucht werden. Für eine gelungene Interdisziplinärität müssen SozialwissenschaftlerInnen in der Antragsphase die beteiligten NaturwissenschaftlerInnen von ihrer Perspektive überzeugen, um eine gemeinsame Fragestellung und Kohärenz herstellen zu können. Ein gemeinsamer regionaler Fokus genügt nicht als Klammer praktizierter Interdisziplinärität. Eine Theoretisierung und Modellierung von Umweltveränderungen ist der Folgeschritt und sollte nicht der Ausgangspunkt der Zusammenarbeit sein. LehrstuhlinhaberInnen könnten stärker als bisher ihre Möglichkeiten zur Etablierung und Verbreitung der Ansätze der Politischen Ökologie nutzen, indem sie deren Inhalte und Perspektiven verstärkt in die Lehre und Qualifikationsarbeiten einbringen. Interdisziplinärität scheint auf der Ebene von NachwuchswissenschaftlerInnen (Graduiertenschulen, MA-Programmen) erfolgreicher zu sein als in großen Forschungsverbänden. An den round table schloss sich eine Diskussion um die Frage an, ob die Konjunktur des originär sozialwissenschaftlichen Innovationsbegriffs und des Transformationsbegriffs in der interdisziplinären Umweltforschung eine Chance oder Gefahr für die Sozialwissenschaften ist, da die soziale Dimension kaum Beachtung findet und für beide Begriffe ein technisches oder ökonomisches Verständnis dominiert. Als besonderer Beitrag von SozialwissenschaftlerInnen für den auch weiterhin wichtigen Forschungsfokus auf Klimawandelfragen wurden deren transdisziplinäre Erfahrung, Expertise und Methodenkompetenz für lokale und Mehrebenenbezüge betont.

Abschlussdiskussion

In den Diskussionen der Tagungsbeiträge haben die TeilnehmerInnen thematische, konzeptionelle und normative Spannungsfelder der Politischen Ökologie identifiziert, die von Bauriedl und Wissen für die Abschlussdiskussion zusammengefasst wurden.

Spannungsfelder der Politischen Ökologie

Interdisziplinärer Forschungsarbeit oder disziplinärer Expertise

Interdisziplinärität durch gemeinsame Begriffe oder gemeinsamer Problemstellung

Sozialwissenschaften als Korrektiv zur naturwissenschaftlicher Dominanz oder gleichberechtigte interdisziplinäre Ressourcen- und Arbeitsteilung

Rollenzuschreibung innerhalb der Sozialwissenschaften in „Kritiker“ und „Problemlöser“ oder permanente Reflexion aller Forschungsaktivitäten

Programmatische (normative) Fokussierung oder (offene) thematische Vielfalt

Community building oder Vielfalt der Ansätze bewahren

Gefahr der Schließung (*cocooning!*) oder der thematischen Unschärfe (*celebrating diversity!*)

„Beutegemeinschaft“ bilden durch strategische Exklusion oder an erfolgreiche Allianzen anschließen

Anschluss an internationale Debatte (*global political ecology*) oder Konzentration auf deutschsprachige soziale Ökologie-Debatte

bottom up Forschung oder *top down* Modellierung

interne oder externe Forschungsperspektive

Auseinandersetzung mit Ökologie (Materialität) oder Ökologisierungprozessen (Diskurs)
Sozialwissenschaftliche Aussagen zu Knappheit und Grenzen oder Fokussierung auf Ressourcen-,
Interessen-, Akteurskonflikte

In der Abschlussdiskussion wurden die zentralen Ergebnisse der Tagung zusammengetragen und versucht, daraus konkrete Arbeitsschritte abzuleiten. Als wichtige Anschlussmöglichkeiten für die Politische Ökologie formuliert wurden: die Analyse sozialökologischer Grenzen (ökologischer Fußabdruck usw.), die französische Politische Ökologie (Lipietz u.a.) und die Politische Ökologie der regional studies. Als Aufgabe formuliert wurde eine stärkere Themenfokussierung (z.B. Energie- und Wasserkonflikte) und die Entwicklung einer Konfliktheuristik. Als forschungsstrategische Ergebnisse der Tagung wurde vorgeschlagen, die Stärken der Politischen Ökologie auszuformulieren (z.B. mit Beiträgen im Gaia-Forum), die Forschungsdefizite und Projektentwürfe innerhalb der Politischen Ökologie zu diskutieren (z.B. in einer Folgetagung), sowie die Beteiligung (bzw. aktive Abgrenzung) an der Debatte um eine neue Programmatik der sozialökologischen Transformation (vgl. aktuelle WBGU-Studie und green economy-Debatte). Die Frage, inwieweit die Positionierung als kritische Politische Ökologie gewünscht und geeignet ist, blieb vorerst offen. Eine Fortführung der Diskussion und Verstetigung einer deutschsprachigen Vernetzung wurde allseits gewünscht. Geplant ist eine Folgetagung Ende 2011 zu laufenden Forschungsvorhaben und konkreten Operationalisierungsfragen. Für den Austausch relevanter Informationen im Kontext der Politischen Ökologie wird eine Mailingliste eingerichtet. Die Präsentationen der Vorträge sind abrufbar auf der Homepage der Universität Wien: www.univie.ac.at/intpol

Mai 2011, Bauriedl/Wissen